

Geske, Otto-Erich

**Article — Digitized Version**

## Zur Personalentwicklung bei Bund, Ländern und Gemeinden von 1963 bis 1974

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Geske, Otto-Erich (1975) : Zur Personalentwicklung bei Bund, Ländern und Gemeinden von 1963 bis 1974, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 55, Iss. 11, pp. 576-580

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134884>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Zur Personalentwicklung bei Bund, Ländern und Gemeinden von 1963 bis 1974

Otto-Erich Geske, Bonn

Bei der Diskussion um die Sparmöglichkeiten der öffentlichen Hand werden in jüngster Zeit Einsparungen beim Personalbestand, der vielen überdimensioniert erscheint, gefordert. Ministerialdirektor Dr. Geske vom Bundesfinanzministerium untersucht, in welchen öffentlichen Bereichen und auf welchen Verwaltungsebenen es in der Zeit von 1963 bis 1974 zu Zunahmen des öffentlichen Personalbestandes kam und wie die Chancen eines Personalabbaus zu bewerten sind.

Die Diskussion über die Sparmöglichkeiten der öffentlichen Hand konzentriert sich in zunehmendem Maße auf den Personalsektor. Das liegt u. a. daran, daß die Personalausgaben in den vergangenen Jahren wesentlich stärker als die öffentlichen Gesamtausgaben gestiegen sind und im Jahre 1974 bereits 108 Mrd. DM ausmachten. Das entsprach einem Anteil von 34 % an den Gesamtausgaben des Jahres 1974 gegenüber 26 % im Jahre 1963.

Die starken Steigerungen der Personalausgaben sind auf zwei Ursachen zurückzuführen, und zwar

- auf die Erhöhung des Personalbestandes und
- auf lineare und strukturelle Einkommensverbesserungen.

Was die Bewertung der Höhe der linearen und im Zusammenhang damit der strukturellen Besoldungsverbesserungen im öffentlichen Dienst in der Vergangenheit betrifft, so ist dieser Ursachenbereich bereits wiederholt Gegenstand der öffentlichen Auseinandersetzungen gewesen. Dabei ging es um die Frage, ob die Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst längerfristig geringer, gleich oder höher als in der privaten Wirtschaft gewesen ist. Dieser Komplex soll hier nicht erneut aufgeworfen und behandelt werden. Untersucht werden soll vielmehr die Erhöhung des Personalbestandes von Bund, Ländern und Gemeinden als weitere Ursache für die Steigerung der Personalausgaben. Erst eine solche Bestandsaufnahme über die Entwicklung in den einzelnen staatlichen Aufgaben-

bereichen und Ebenen ermöglicht eine sachliche Beurteilung der vorhandenen globalen und differenzierten Sparvorschläge.

In der Zeit von 1963 bis 1974<sup>1)</sup> stieg die Anzahl der vollbeschäftigten Personen<sup>2)</sup> bei Bund, Ländern und Gemeinden von 1 763 300 auf 2 417 200<sup>3)</sup>. Diese Zunahme um etwa 654 000 Beschäftigte<sup>4)</sup> entspricht einer Steigerungsrate von rund 37 %. Bei einer Aufteilung der zusätzlich Beschäftigten nach Bereichen<sup>5)</sup>, in denen sie eingesetzt wurden, spiegeln sich deutlich die politischen Prioritäten der vergangenen Jahre wider.

Rund die Hälfte der von Bund, Ländern und Gemeinden im Betrachtungszeitraum zusätzlich Beschäftigten wurden im Bereich „Bildung, Wissenschaft und sonstige kulturelle Angelegenheiten“ eingesetzt. Zählt man noch die Personalvermehrung bei „Gesundheit, Sport, Erholung“ und „Sicherheit und Ordnung sowie Rechtsschutz“ hinzu, dann sind bereits 75 % der zwischen 1963 und 1974 zusätzlich Beschäftigten erfaßt. Auch im Bereich „Politische Führung und zentrale Verwaltung“ wurde der Personalbestand in diesem Zeitraum erheblich erhöht (vgl. Tabelle 1).

Die Kompetenz- bzw. Aufgabenverteilung zwischen den einzelnen Ebenen in der Bundesrepublik Deutschland, dem Bund, den Ländern und den Gemeinden, spiegelt sich in einer sehr unter-

<sup>1)</sup> Bis einschließlich 1973 war der Stichtag jeweils der 2. Oktober; ab 1974 gilt der 30. Juni.

<sup>2)</sup> Darin sind die in Wirtschaftsunternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit Beschäftigten, das militärische Personal der Bundeswehr und der Vollzugsdienst des Bundesgrenzschutzes nicht enthalten.

<sup>3)</sup> Die Angaben zur Entwicklung des Personalbestandes sind entnommen aus: Statistisches Bundesamt: Fachserie L, Reihe 4; dass.: Wirtschaft und Statistik, H. 4/1975.

<sup>4)</sup> Außerdem ist in diesem Zusammenhang auf die Entwicklung bei den Teilzeitbeschäftigten hinzuweisen. Ihre Anzahl stieg von 108 400 in 1963 auf 267 700 in 1974, d. h. um 159 300 bzw. 147 %. Von diesen 159 300 entfielen auf die Ebene des Bundes 6300, der Länder 77 200 und der Gemeinden 75 800.

<sup>5)</sup> Hierbei ist zu beachten, daß im Jahre 1970 die Zuordnungssystematik verändert wurde. Die Werte für die Jahre vor 1970 sind Angaben des Statistischen Bundesamtes, die an die neue Systematik angepaßt wurden.

*Dr. Otto-Erich Geske, 44, Diplom-Volkswirt und Jurist, ist Ministerialdirektor im Bundesministerium der Finanzen in Bonn. Er ist Leiter der Abteilung Finanzbeziehungen zu den EG, Ländern und Gemeinden; internationale Wirtschaftsbeziehungen.*

schiedlichen Entwicklung des jeweiligen Personalbestandes wider. So war der Bund an der Zunahme der Beschäftigtenzahl von 654 000 nur in einem sehr geringen Umfang beteiligt. Knapp zwei Drittel der Gesamtstellenvermehrung entfallen auf die Länder und knapp ein Drittel auf die Gemeinden (vgl. Tabelle 2).

**Tabelle 1**

**Entwicklung der Beschäftigtenzahl der wichtigsten öffentlichen Bereiche in der Zeit von 1963 bis 1974**  
(in Tausend Beschäftigte)

	Bestand		Zunahme
	1963	1974	
Bildung, Wissenschaft und sonstige kulturelle Angelegenheiten	403,3	726,8	323,5
Gesundheit, Sport, Erholung	195,0	290,5	95,5
Politische Führung und zentrale Verwaltung	354,6	439,8	75,2
Öffentliche Sicherheit und Ordnung, Rechtsschutz	279,1	347,9	68,8

Bei der Diskussion um die Personalentwicklung im öffentlichen Dienst entsteht bei stark vereinfachter Darstellung teilweise der Eindruck, daß mit dem vergrößerten Personalbestand in der Hauptsache Verwaltungsapparate aufgebläht worden sind. Eine nähere Analyse der Personalentwicklung nach Aufgabenbereichen zeigt jedoch, daß sie das Ergebnis der politischen Prioritäten der vergangenen Jahre ist.

**Tabelle 2**

**Entwicklung der Beschäftigtenzahl von Bund, Ländern und Gemeinden in der Zeit von 1963 bis 1974**  
(in Tausend Beschäftigte)

	Bestand		Zunahme
	1963	1974	
Bund	243,7	296,3	52,6
Länder	949,7	1 367,3	417,6
Gemeinden	569,8	753,6	183,8

Im Aufgabengebiet „Bildung, Wissenschaft und sonstige kulturelle Angelegenheiten“ war 1974 ein erheblicher Anteil der Bediensteten der Gebietskörperschaften – beim Bund rund 8 000, bei den Ländern rund 653 000 und bei den Gemeinden rund 66 000 – beschäftigt (vgl. Tabelle 3). Davon entfallen mehr als 90 % auf Schulen und Hochschulen. Der Bereich „Bildung, Wissenschaft und sonstige kulturelle Angelegenheiten“ war am gesamten Anstieg der Zahl aller Staatsbediensteten um rund 654 000 in der Zeit von 1963 bis 1974 mit knapp 50 % beteiligt. Von den seit 1963 zusätzlich Beschäftigten ist allein mehr als jeder Vierte im Schuldienst tätig. Nimmt man den Hochschul-

bereich hinzu, dessen Personalbestand in diesem Zeitraum weit mehr als verdoppelt wurde (vgl. Tabelle 3), sind schon rund 45 % der im Betrachtungszeitraum zusätzlich Beschäftigten erfaßt.

Den zweitgrößten Anteil an der Ausweitung des Personalbestandes hat der Bereich „Gesundheit, Sport, Erholung“. Dazu gehören u. a. Krankenhäuser, Heilstätten, Anstalten für Nerven- und Geistesranke, Badeanstalten sowie Gesundheits-, Sport- und Gartenämter. Von allen im Jahre 1974 in diesem Bereich Beschäftigten entfielen auf die Kommunen mehr als drei Viertel und auf die Länder knapp ein Viertel (vgl. Tabelle 3). In der Zeit von 1963 bis 1974 erhöhte sich die Zahl der in diesem Sektor Beschäftigten um rund 95 500. Der größte Teil hiervon war Krankenhauspersonal. Die Kommunen waren entsprechend der Aufgabenverteilung zwischen den Verwaltungsebenen an dieser Ausweitung mit fast 90 % beteiligt (vgl. Tabelle 3).

Der Bereich „Politische Führung und zentrale Verwaltung“ umfaßt neben den Beschäftigten bei den Regierungen von Bund und Ländern und den obersten Gemeinde- und Kreisorganen u. a. die Bezirksregierungen, den Bundesrechnungshof, das Statistische Bundesamt, die Oberfinanzdirektionen mit der Zoll- und Finanzverwaltung und die Baudirektionen. Von den im Jahr 1974 insgesamt in diesem Sektor beschäftigten 439 800 Personen entfielen auf den Bund rund 15,5 %, auf die Länder 47 % und auf die Gemeinden 37,5 %. Rund 45 % der Beschäftigten dieses Bereiches gehörten 1974 zur Finanzverwaltung (vgl. Tabelle 3). Der Anstieg der Beschäftigtenzahl um 75 200 in der Zeit von 1963 bis 1974 erfolgte fast ausschließlich bei den Ländern und Gemeinden (vgl. Tabelle 3).

Zum Bereich „Öffentliche Sicherheit und Ordnung, Rechtsschutz“ gehören neben der Polizei insbesondere der Bundesgrenzschutz<sup>6)</sup> und das Bundeskriminalamt, die Gerichte, Staatsanwaltschaften und Strafvollzugsanstalten. Im Jahre 1974 waren in diesem Bereich knapp 348 000 Personen beschäftigt. Davon entfielen allein 81 % auf die Länder und 16,5 % auf die Gemeinden (vgl. Tabelle 3). Die Zunahme der Beschäftigtenzahl zwischen 1963 und 1974 um rund 68 800, von denen knapp die Hälfte bei der Polizei erfolgte, vollzog sich entsprechend der Verteilung der Aufgaben auf die Verwaltungsebenen fast ausschließlich bei den Ländern (vgl. Tabelle 3).

Zu spürbaren Erhöhungen des Personalbestandes kam es außerdem noch im Bereich des Verkehrs- und Nachrichtenwesens (insbesondere Verwaltung von Verkehrswegen) mit 35 900, der Verteidigung<sup>7)</sup> mit 42 500 und der sozialen Sicherung mit 20 900

<sup>6)</sup> Ohne Vollzugsdienst.

<sup>7)</sup> Ohne militärisches Personal.

zusätzlich Beschäftigten. Hiervon entfielen rund 49 % auf den Bund, 45 % auf die Gemeinden und 6 % auf die Länder (vgl. Tabelle 3).

Bei einer Betrachtung der Entwicklung des Personalbestandes im Zeitablauf zeigt sich, daß die Anzahl der Beschäftigten zwischen 1963 und 1974 mit einer durchschnittlichen jährlichen Zuwachsrate von 2,9 % stieg. In der Zeit von 1963 bis 1969 nahm die Beschäftigtenzahl mit einer jährlichen Rate von 2,4 % zu, zwischen 1969 und 1974 dagegen mit einer von 3,5 %.

**Tabelle 3**  
**Die Entwicklung des Personalbestandes <sup>a)</sup>**  
**von Bund, Ländern und Gemeinden (GV)**  
**nach Funktionen zwischen 1963 und 1974 <sup>b)</sup>**  
 (Vollbeschäftigte ohne Wirtschaftsunternehmen <sup>c)</sup>)

Aufgabenbereich / Verwaltungsebene	Personalbestand		Zunahme	
	1963 d)	1974	in %	
	- in Tausend -			
<b>A. Bildung, Wissenschaft u. sonstige kulturelle Angelegenheiten</b>	403,3	726,8	323,5	80,2
darunter: Schulen	(291,4)	(465,9)	(174,5)	(59,9)
Hochschulen	(74,5)	(192,8)	(118,2)	(158,8)
davon: Bund	5,4	7,9	2,5	46,3
Länder	353,1	652,8	299,7	84,9
Gemeinden	44,8	66,1	21,3	47,5
<b>B. Gesundheit, Sport, Erholung</b>	195,0	290,5	95,5	49,0
darunter: Krankenhäuser	(138,6)	(221,3)	(82,7)	(59,7)
davon: Bund	-	0,2	0,2	-
Länder	59,0	69,2	10,2	17,3
Gemeinden	136,0	221,1	85,1	62,6
<b>C. Politische Führung u. zentrale Verwaltung</b>	364,6	439,8	75,2	20,6
darunter: Finanzverwaltg.	(174,7)	(196,2)	(21,5)	(12,3)
davon: Bund	66,5	67,9	1,4	2,1
Länder	168,7	207,0	38,3	22,7
Gemeinden	129,4	164,9	35,5	27,4
<b>D. Öffentl. Sicherheit und Ordnung, Rechtsschutz</b>	279,1	347,9	68,8	24,7
darunter: Polizei	(137,9)	(168,1)	(30,2)	(21,9)
davon: Bund	5,4	7,7	2,3	42,6
Länder	219,1	282,5	63,4	28,9
Gemeinden	54,7	57,7	3,0	5,5
<b>E. Sonstige Bereiche</b>	517,4	612,2	94,8 f)	18,3
darunter: Verteidigung	(134,9)	(177,4)	(42,5)	(31,5)
Soziale Sichergh.	(113,3)	(134,2)	(20,9)	(18,4)
Verkehrs- und Nachrichtenwes.	(100,5)	(136,4)	(35,9)	(35,7)
davon: Bund	166,4	212,6	46,2	27,8
Länder	149,8	155,8	6,0	4,0
Gemeinden	201,0	243,8	42,8	21,3
<b>F. Insgesamt</b>	1 763,3 e)	2 417,2	653,9	37,1
davon: Bund	243,7	296,3	52,6	21,6
Länder	949,7	1 367,3	417,6	44,0
Gemeinden	569,8 e)	753,6	183,8	32,3

a) Ohne Soldaten und ohne Vollzugsdienst des Bundesgrenzschutzes; b) Erhebungsstichtag bis 1973 2. 10., ab 1974 30. 6.; c) Wirtschaftsunternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit; d) 1963 ohne Gemeinden mit weniger als 1000 Einwohnern (3879 Bedienstete, die nach Funktionen nicht zugeordnet werden können); e) einschließlich 3879 Bedienstete, die nach Funktionen nicht zugeordnet werden können; f) Abweichungen treten durch Personalarückgänge in nicht erwähnten sonstigen Bereichen auf. (Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.)

Bei dem Vergleich der durchschnittlichen jährlichen Zuwachsraten von 1963 bis 1969 und von 1969 bis 1974 ist zu berücksichtigen, daß sich die öffentliche Hand aufgrund der Rezessionsphase 1967/68 bei den Gesamtausgaben im Zeitraum 1963 bis 1969 eine Zeitlang sehr zurückhielt. Dies machte sich im Jahre 1968 bei der Entwicklung des Personalbestandes deutlich bemerkbar. Die jährlichen Zuwachsraten zwischen 1963 und 1969 betragen nämlich mit Ausnahme des Jahres 1968 jeweils gegenüber dem Vorjahr mindestens 2,7 %, im Jahre 1968 kam es demgegenüber dann zu einem rezessionsbedingten Rückgang der Beschäftigtenzahl um 0,2 %. Unterstellt man für das Jahr 1968 eine den Vorjahren angepaßte Zuwachsrate von 3 %, dann ergibt sich – bei der Annahme eines unveränderten Personalbestandes für das Jahr 1974 – sowohl für den Zeitraum von 1963 bis 1969 als auch für den von 1969 bis 1974 eine durchschnittliche jährliche Zuwachsrate von 2,9 %.

Beim Bund vollzog sich die Personalvermehrung zwischen 1963 und 1974 mit einer durchschnittlichen jährlichen Zuwachsrate von 1,8 %, wobei die stärksten Zuwächse zwischen 1963 und 1969 bei einer durchschnittlichen jährlichen Steigerungsrate von 2,4 % zu verzeichnen waren. In den Jahren von 1969 bis 1974 betrug die durchschnittliche jährliche Steigerungsrate 1,1 %.

Läßt man die Personalzunahme im Verteidigungsbereich außer acht, dann verbleibt beim Bund in den elf Jahren zwischen 1963 und 1974 noch eine Ausweitung des Personalbestandes um rd. 10 000 Beschäftigte. Hervorzuheben ist außerdem, daß der Bund bereits seit 1972 praktisch seinen Personalbestand nicht erhöht hat, sondern vielmehr im Jahre 1974 sogar mit einem geringfügigen Personalabbau begann.

Die Anzahl der Beschäftigten der Länder wuchs zwischen 1963 und 1974 mit einer durchschnittlichen jährlichen Steigerungsrate von 3,4 %. Sie war damit knapp doppelt so hoch wie diejenige beim Bund mit 1,8 %. Im Unterschied zum Bund vollzogen die Länder ihre Personalausweitung zum größeren Teil zwischen 1969 und 1974 mit einer durchschnittlichen jährlichen Steigerungsrate von 4,2 % gegenüber einer von 2,7 % zwischen 1963 und 1969. Die Ausweitung des Personalbestandes hielt ebenfalls im Gegensatz zum Bund auch im Jahre 1973 und 1974 an. Die Zunahme betrug zwischen 1972 und 1974 97 500 Beschäftigte.

In den Gemeinden verlief die Entwicklung ähnlich wie in den Ländern. Bei einer durchschnittlichen jährlichen Steigerungsrate zwischen 1963 und 1974 von 2,6 % ergab sich für den Zeitraum zwischen 1963 und 1969 eine Rate von 2,1 % gegenüber einer von 3,2 % zwischen 1969 und 1974. Auch bei

den Gemeinden war 1972 der Personalzuwachs nicht abgeschlossen. Zwischen 1972 und 1974 erhöhte sich die Anzahl der Beschäftigten um 33 100.

Die Zahl der Staatsbediensteten stieg in den vergangenen Jahren aufgrund einer starken Vergrößerung des Angebots von personalintensiven öffentlichen Leistungen kräftig an. In der Zeit von 1963 bis 1974 erhöhte sich der Personalbestand bei Bund, Ländern und Gemeinden um rund 654 000 auf 2 417 200 Beschäftigte. Die durchschnittliche jährliche Zuwachsrate betrug 2,9 %. In absoluten Zahlen heißt das, daß durchschnittlich jährlich etwa 60 000 vor allem inländische Arbeitskräfte zusätzlich eingestellt wurden<sup>8)</sup>. Eine erhebliche Verringerung dieser jährlichen Zusatznachfrage nach Arbeitskräften, deren Ausbildung häufig speziell auf den öffentlichen Dienst zugeschnitten ist, wird nicht ohne Folgen auf die Struktur des Arbeitsmarktes bleiben.

An dieser Entwicklung waren die Gebietskörperschaften in unterschiedlichem Maße beteiligt. (Dies gilt auch für die Entwicklung bei den Teilzeitbeschäftigten.)

Nach Ausklammerung des Verteidigungsbereichs verbleibt beim Bund noch ein Zuwachs von

rd. 10 000 Beschäftigten in elf Jahren. Der Personalbestand beim Bund stagniert seit 1972, seit 1973 besteht eine rückläufige Tendenz.

Rund zwei Drittel der seit 1963 zusätzlich Beschäftigten wurden von den Ländern eingestellt. Dies ist vor allem auf die Kompetenz der Länder für die besonders stark expandierenden Bereiche „Bildung und Wissenschaft“, „Öffentliche Sicherheit und Ordnung“ sowie die Finanzverwaltung zurückzuführen. Die Zunahme des Personalbestandes hielt bei den Ländern bis zum Jahre 1974 unvermindert an.

Von dem personellen Ausbau des Bereichs „Gesundheit, Sport, Erholung“ (Krankenhäuser) waren insbesondere die Gemeinden betroffen.

Von den gesamten zwischen 1963 und 1974 zusätzlich bei den Gebietskörperschaften eingestellten 654 000 Beschäftigten sind allein 85 % in folgenden Bereichen tätig. Im Bereich

Bildung, Wissenschaft und sonstige kulturelle Angelegenheiten 50 %,

Gesundheit, Sport, Erholung 15 %,

<sup>8)</sup> Bei Berücksichtigung der Zunahme bei den Teilzeitbeschäftigten erhöht sich dieser Wert auf rund 75 000 pro Jahr.

## SCHRIFTENREIHE ZUR BANKBETRIEBSLEHRE UND FINANZIERUNG

Herausgegeben von Otfried Fischer und Johannes Feske

### NEUERSCHEINUNG

Otfried Fischer, Helge Jansen, Werner Meyer

## LANGFRISTIGE FINANZPLANUNG DEUTSCHER UNTERNEHMEN

Ergebnisse einer empirischen Untersuchung anhand ausgewählter Aktiengesellschaften

Die vorliegende Studie beruht auf einer empirischen Untersuchung, an der 30 deutsche Großunternehmen mitgewirkt haben. Vor dem Hintergrund des sorgfältig analysierten empirischen Materials gelangen die Verfasser unter anderem zu dem Ergebnis, daß, abgesehen von der einheitlichen Grundkonzeption, die praktizierten Systeme langfristiger Finanzplanung sich durch methodische Spielarten und durch ihr organisatorisches Niveau voneinander unterscheiden. Für die Zukunft ist vor allem mit einer Angleichung des Niveaus zu rechnen, wobei die Möglichkeit, die langfristige Finanzplanung auf EDV-Programme zu übernehmen, eine wichtige Rolle spielen wird.

Großoktav, 144 Seiten, 1975, Preis brosch. DM 34,—

ISBN 3-87895-133-7

V E R L A G W E L T A R C H I V G M B H - H A M B U R G

- Öffentliche Sicherheit und Ordnung 11 %,
- Verteidigung 6 %,
- Soziale Sicherung 3 %.

Bei einer kritischen Betrachtung der *Personalentwicklung* in den letzten Jahren ist zu berücksichtigen, daß erstens der heutige von vielen als zu hoch angesehene Personalbestand des Staates das Ergebnis von politischen Entscheidungen in den vergangenen Jahren ist. Zweitens sind Einsparungen in den personalintensivsten Bereichen wie z. B. Schulen, Krankenhäuser, Polizei oder Justiz unpopulär, und deshalb werden konkrete, nach Bereichen und Verwaltungsebenen gegliederte Kürzungsvorschläge wesentlich seltener als globale gemacht.

Zu den vielfältigen aktuellen Einsparungsvorschlägen auf diesem Sektor ist zu sagen, daß sie teilweise deshalb verwirrend sind, weil die Basis, von der sie ausgehen, unterschiedlich ist. Die beschlossenen bzw. angekündigten Sparmaßnahmen im Personalbereich lassen sich in zwei Kategorien einteilen, und zwar in

- Einsparungen gegenüber Stellenplänen und in
- Einsparungen von freierwerbenden Stellen.

Einsparungen gegenüber Stellenplänen lassen keine direkten Schlüsse auf Veränderungen des Personalbestandes zu. Eine Reihe von Sparmaßnahmen der letzten Wochen bezog sich auf derzeit rechtlich gültige, aber früher unter anderen wirtschaftlichen Erwartungen beschlossene Stellenpläne für das Jahr 1976. Da diese Stellenpläne teilweise erhebliche Steigerungen gegenüber 1975 vorsahen, ergibt sich tatsächlich keine Einsparung, sondern unter Umständen eine Stellenvermehrung. Auch Einsparungen gegenüber dem Stellenplan des laufenden Jahres führen nicht zwingend zu einer Verminderung des Personalbestandes, da der Abbau unbesetzter Stellen vorrangig durchgeführt wird. (Davon strikt zu unterscheiden sind Leerstellen, auf denen Beschäftigte geführt werden, die nach Ablauf einer bestimmten Frist in eine Planstelle zurückkehren.)

Im Gegensatz dazu führt eine Einsparung von freierwerbenden Stellen zu einer Verringerung des Personalbestandes, wenn nicht gleichzeitig, wie in einigen Sparbeschlüssen der jüngsten Zeit vorgesehen, in personalintensiven Bereichen zusätzliche Stellen eingerichtet werden. Wenn aber wichtige Bereiche von den Einsparungen ausgeklammert werden, so ist der Effekt auf die Entwicklung des Personalbestandes gering <sup>9)</sup>.

Weiter ist zu den Personalsparvorschlägen anzumerken, daß jene Vorschläge, mit denen kurzfristig schon ein erheblicher Personalabbau im öffentlichen Dienst erreicht werden soll, angesichts der bestehenden rechtlichen und faktischen Bindungen aus den vergangenen Jahren wohl nicht sehr realistisch sind. Entscheidend dürfte es auf die politische Weichenstellung ankommen, durch die die *Personalexlosion* der vergangenen Jahre drastisch zurückgeführt wird, damit sich der Anteil der Personalkosten an den Gesamtausgaben stabilisiert.

Hinsichtlich der *Personalkostenentwicklung* im öffentlichen Dienst darf weiter nicht außer acht gelassen werden, daß das Angebot an öffentlichen Leistungen selten allein durch Personalaufwand erbracht wird. Es setzt sich vielmehr meistens aus einer bestimmten Kombination von Personal-, Sachmittel- und Investitionsaufwand zusammen. Dieser Tatbestand ist in der öffentlichen Diskussion unter umgekehrten Vorzeichen als Beziehung zwischen öffentlichen Investitionen und (Personal-)Folgekosten bekannt.

<sup>9)</sup> Hierzu folgendes Beispiel: In den von Sparmaßnahmen betroffenen Bereichen sei ein Drittel des Gesamtpersonals beschäftigt. Jede dritte freierwerbende Stelle soll in den betroffenen Bereichen eingespart werden. Der Anteil der jährlich freierwerbenden Stellen betrage 5 % des Bestandes. Bei unverändertem Bestand in den nichtbetroffenen Bereichen ergibt sich bei dieser Zusammensetzung eine jährliche Reduzierung des Gesamtpersonals von 0,55 %.

## KLIMA-HANDBUCH AFRIKA

Für Reise und Wirtschaft

Dr. Erich Höller und Dr. Dietrich Stranz

Herausgegeben vom Afrika Verein Hamburg

Geschäfts- und Privatreisen nach Afrika mit seinen verschiedenen klimatischen Verhältnissen erfordern entsprechende Vorbereitungen, wenn man sich vor unangenehmen Überraschungen schützen will.



Das KLIMA-HANDBUCH AFRIKA enthält genaueste Klima-Angaben für alle Monate des Jahres von über 65 Städten Afrikas.

Für jede Stadt ausführliche Angaben über Temperatur, Niederschlagsmengen, Regentage, Luftfeuchtigkeit, Schwülegrade, Einstrahlungstemperaturen sowie Vermerke über besondere Witterungserscheinungen wie Nebel, Gewitter, Wirbelstürme usw.

Hinweisstationen vervollständigen die Angaben und machen dieses KLIMA-HANDBUCH zu einem umfassenden Berater für jeden Afrika-Reisenden.

96 Seiten, 65 Tabellen, ca. 15 000 Zahlen, in deutscher, englischer und französischer Sprache.

Preis: DM 8,50

**ÜBERSEE-VERLAG GMBH**

2 Hamburg 76 · Schöne Aussicht 23 · Tel.: (040) 2 28 52 26